

Nord-Süd Info-Dienst



Nr. 97-2008, Juni 2008

Inhalt:

Patents kill!

Dr. Wolfgang Wodarg MdB

Politik für Nahrungssicherheit und Nachhaltigkeit

Beschluss des SPD-Präsidiums am 19. Mai 2008

Lateinamerika Strategie der SPD

Gemeinsame Verantwortung und Zukunft:

Lateinamerika und Karibik als strategische Partner für Deutschland und Europa

Regionale Foren Eine Welt: Liste der Ansprechpartner

Termine:

Freitag, 11.07.08, und Samstag, 12.07.08

Löwenbräukeller, Am Stiglmaier Platz, Nymphenburger Straße 2, 80335 München

Bundestreffen der Foren Eine Welt

u. a. mit **Heidemarie Wieczorek-Zeul** MdB, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, **Franz Maget** MdL, Mitglied des SPD-Präsidiums, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, **Cornelia Füllkrug-Weitzel**, Direktorin von Brot für die Welt, **Walter Kolbow** MdB, **Dr. Bärbel Kofler** MdB, **Niels Annen** MdB

Die Einladung mit Tagesordnung und technischen Hinweisen finden Sie unter folgendem Link:

[http://www.forumeinewelt.de/servlet/PB/show/1750862/Einladung%20Bundestreffen %20der %20Foren %20Eine%20Welt%202008.pdf](http://www.forumeinewelt.de/servlet/PB/show/1750862/Einladung%20Bundestreffen%20der%20Foren%20Eine%20Welt%202008.pdf)

Impressum:

SPD-Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus,

Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Tel: 030 - 25991 - 125 / -357

Fax: 030/ 25 99 15 95

E-Mail: Konstantin.Woinoff@spd.de

Angelika.Mate@spd.de

www.forumeinewelt.de

Redaktion: Konstantin Woinoff, Angelika Máté

ISSN: 1865-4843

Patents kill!

von Dr. Wolfgang Wodarg MdB,



Geforscht wird da, wo Geld zu verdienen ist. Dieses Gesetz des Marktes macht über ein Drittel der Weltbevölkerung für den Pharmamarkt uninteressant. Die Lebenserwartung in Entwicklungsländern liegt bis zu 30 Jahre unter der in Industrieländern. In den letzten drei Jahrzehnten wurden etwa 1 500 neue Arzneimittelwirkstoffe entdeckt. Davon nur knapp über ein Prozent gegen tropische Erkrankungen. Dort wo jetzt Millionen von Menschen jährlich an übertragbaren Krankheiten sterben, stammen die dürftigen Therapiemöglichkeiten für viele Krankheiten noch aus der Kolonialzeit. Sie sind oft schwierig zu verabreichen und belasten durch erhebliche Nebenwirkungen. Die Forschung für die Krankheiten der armen Länder wurde sträflich vernachlässigt.

Gegen Erkrankungen wie Malaria, Tuberkulose, Schlafkrankheit, verschiedene Wurmerkrankungen, Chagas-Krankheit, Leishmaniose, Dengue-Fieber, die Schlafkrankheit und verschiedene Trypanosomen-Erkrankungen oder Lepra gibt es kaum wirksame bzw. nur stark veraltete Medikamente. Studienergebnisse zeigen, dass nur 10 Prozent der weltweiten Ausgaben für Gesundheit in die Erforschung für jene Krankheiten fließen, unter denen 90 Prozent der Menschen leiden!

Hinzu kommt, dass eine der gefährlichsten Seuchen, die Tuberkulose (Tbc) durch die Kombination mit HIV/AIDS eine Renaissance erlebt und sich rasant in Afrika, Asien und auch in Osteuropa ausbreitet. Diese Entwicklung ist deshalb besonders gefährlich, weil sich durch inkonsequente Behandlungen in diesen Ländern therapieresistente Erreger herausgebildet haben, gegen die alle Medizin machtlos ist. Machtlos ist sie auch deshalb, weil für die Entwicklung von neuen Medikamenten gegen Tbc – gegen die „Krankheit der Armen“ – bei den etablierten Pharmakonzernen in den letzten Jahrzehnten wenig Interesse bestand. Sie erforschen lieber Mittel gegen Haarausfall, Befindlichkeits- oder Erektionsstörungen für den Markt in reicheren Ländern.

Mit dem Slogan „no patent – no cure!“ erpressten die Lobbyisten der Big-Pharma jahrelang die Politik. Doch Patentmonopole – welche dem Erfinder für 20 Jahre das alleinige Recht zusichern, sein Präparat wirtschaftlich zu verwerten und den Preis frei zu bestimmen – führen zwar zu exorbitanten Gewinnen der Pharmakonzerne in reichen Ländern, in Entwicklungsländern nützt das Monopol aber niemandem, denn hohe Preise machen die Medikamente unerschwinglich?

Verhandlungen in Genf

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat das Problem erkannt. Die spezielle Arbeitsgruppe von WHO-Mitgliedsstaaten, die „Intergovernmental Working Group on Public Health, Innovation and Intel-

lectual Property“ (IGWG), arbeitete etwa zwei Jahre lang an einem Aktionsplan, der alternative Anreize zum Patentsystem vorschlagen sollte. Der Aktionsplan wurde im Mai dieses Jahres während der Weltgesundheitsversammlung in Genf vorgestellt und von den Mitgliedsstaaten angenommen. Somit hat jetzt die WHO das klare Mandat, sich mit dem aktuellen Patentsystem auseinanderzusetzen und die beschlossenen Schritte umzusetzen.

Alternative Anreize für eine bedarfsgerechte Forschung

Weil Patentrecht kein Motor für die Versorgung armer Länder ist, müssen neue, andere Wege beschritten werden.

Zum einen müssen schon existierende Arzneimittel dorthin gelangen, wo sie gebraucht werden. Bei HIV/Aids haben wir gesehen, dass nach einem weltweiten Proteststurm die Pharmaindustrie ihre Preise senkte. Die Pharmaindustrie musste hier mitmachen, weil sie es psychologisch nicht vertreten konnte, anders zu handeln. Dieser Druck muss weiterhin aufrechterhalten werden. In den Gebieten, wo Patienten arm sind, müssen lebenswichtige Arzneimittel billig sein.

Manche Pharmakonzerne haben die Herausforderung angenommen und haben gehandelt. Firmen wie Merck oder Sanofi Aventis stellen bereits Medikamente in Wert von Millionen von Dollar kostenlos zu Verfügung. Diese Spendenprogramme sind sehr zu begrüßen.

Leider wirken sie nur kurzfristig und lösen das grundsätzliche Problem nicht. Ein bedürfnisorientiertes System kann nicht allein auf Freiwilligkeit beruhen. Eine nachhaltige weltweite Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten verlangt, dass die Wissenschaft, die Forschung, die Wirtschaft und die Politik Verpflichtungen eingehen.

Die TRIPS-Abkommen ermöglichen es bereits jetzt grundsätzlich, dass sehr arme Länder (LDCs) auch patentgeschützte Medikamente nachproduzieren. Die bisherige Erfahrung zeigt aber, dass dies nur mühsam funktioniert. Als Thailand als erstes Land von diesem Recht Gebrauch machte, war die Reaktion der Industrie feindlich und aggressiv – man fürchtete den Präzedenzfall.

Grundsätzlich sollte weiterhin die Produktion von Arzneimitteln durch die Entwicklungsländer selbst ermöglicht werden. Länder wie Indien haben hier bisher geholfen – doch Indien zählt nicht mehr zu den ärmsten Ländern. Nur wenige Entwicklungsländer sind jedoch stabil und stark genug, um diesen Weg zu gehen. Die meisten brauchen unsere Unterstützung und Begleitung. Hier kann das Land von Robert Koch, Virchow, Sauerbruch und Albert Schweitzer wichtige Hilfe leisten.

Neues medizinisches Wissen wird am schnellsten in offenen internationalen Netzwerken entwickelt. Das zeigen öffentlich-private Partnerschaften (PPP), welche -ohne Wissensmonopolisierung durch Patentstrategien - in kürzester Zeit beispielsweise zwei neue Malaria-Präparate für arme Länder zur Verfügung gestellt haben.

Ich habe mich davon überzeugt: In Ghana kostet eine Malaria-Therapie statt –wie in Deutschland ca. 60 Euro nur noch einen Euro.

Weil zum Beispiel Kinder in den Malariagebieten Subsahara-Afrikas mehrfach diese lebensgefährliche Infektion erleiden und Malaria die wichtigste Ursache für die dort hohe Kindersterblichkeit darstellt,

kann mit dieser jetzt für alle erschwinglichen Behandlung und mit der Verteilung von imprägnierten Moskitonetzen die Seuche bekämpft und das Leben -zigtausender Kinder jährlich gerettet werden. Produkt-Entwicklungs-Partnerschaften haben hier gezeigt, dass es Alternativen und auch verantwortlich denkende Firmen gibt.

Bedarfsgerechte Forschung ist etwas anderes als nachfrageorientierte Forschung. Sie liegt im öffentlichen Interesse, ist ethisch geboten und sollte nicht den herrschenden Marktinteressen untergeordnet werden. Die Erforschung und Entwicklung vernachlässigter Methoden und Mittel im Kampf gegen die Krankheiten armer Länder sollte öffentlich finanziert werden. Die Finanzierung sollte mit der Maßgabe verbunden werden, dass die dabei gefundenen Ergebnisse ohne Patentschranken, ohne Monopole und überall in der Welt frei genutzt werden können.

Ein internationaler Forschungs- und Entwicklungsfond wäre ein geeignetes Finanzierungsinstrument, damit zum Beispiel nach Bedarfsanalyse und Maßgabe der WHO zielgerichtet geforscht werden kann. Die Erfahrungen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose, können dabei nützlich sein.

Deutschlands Verantwortung

Der jetzige Beschluss der WHO-Mitgliedsstaaten soll nun möglichst schnell umgesetzt werden. Als Parlamentarier ist es unsere Aufgabe, das Engagement Deutschlands bei diesem wichtigen Vorhaben zu steigern, nach dem Motto: Global denken und lokal handeln. Als reiches Industrieland wollen wir uns nicht vor unserer Verantwortung drücken. Nach Angaben von „Ärzte ohne Grenzen“ wurden im Jahr 2007 in Deutschland insgesamt nur 20,7 Mio. Euro für die Forschungsförderung im Bereich von Tuberkulose, Malaria und vernachlässigten Krankheiten ausgegeben. Länder wie Großbritannien stellen im Vergleich erheblich größere Summen zur Verfügung.

Deswegen fordern wir im Antrag der Großen Koalition die Festlegung einer politischen Agenda mit Forschungsprioritäten auf Grundlage der Beschlüsse der IGWG.

Die öffentliche bedarfsorientierte Forschungsförderung muss massiv zunehmen und aktiv von Deutschland unterstützt werden, um eine nachhaltige Hilfe zu ermöglichen.

Doch der Ansatz bei der Arzneimittelversorgung ist natürlich nur ein Teilaspekt im Rahmen einer Hilfe für noch schwache Staaten und Regionen auf dieser Welt. Auch sehen wir, dass für jeden AIDS-Kranken der einer Therapie zugeführt wird fünf neue Menschen infiziert werden. Präventive Strategien, Impfstoffe und vor allem das Wissen um die Gefahren der Infektionen müssen Teil einer umfassenden Strategie sein, bei der Bildung und Aufklärung den Grund legen. Auch hier bedarf es internationaler gemeinsamer Anstrengungen bei Forschung, Entwicklung, Implementation und Aufrechterhaltung nachhaltiger Strukturen in den betroffenen Ländern.

Wir sprechen über den Standort Deutschland und preisen oft den Gedankenreichtum, die Kreativität und die Kraft unseres Landes an. Aber diese Ideen, dieser Einfallsreichtum gehen einher mit einer tiefen Verantwortung: Wir dürfen unser Wissen und Können nicht jenen vorenthalten, die ohne es zugrunde gehen würden.

Politik für Nahrungssicherheit und Nachhaltigkeit

Beschluss des SPD-Präsidiums am 19. Mai 2008

Die Preise für Nahrungsmittel sind weltweit stark gestiegen. Viele Menschen in Entwicklungsländern können die verteuerten Lebensmittel nicht mehr bezahlen. Konflikte um Nahrungsmittel und Ressourcen können auch zu einem Problem der internationalen Sicherheit werden.

Nach Angaben der FAO ist der Preisindex für Nahrungsmittel (FAO Food Price Index) im Zeitraum von März 2007 bis März 2008 um 57% gestiegen. Dieser Trend kann sich fortsetzen. Zudem drohen mit dem zunehmenden Klimawandel Produktionsrückgänge von teilweise mehr als 25% in fast allen Entwicklungsländern.

Diese Entwicklung trifft besonders die Ärmsten der Armen. In den Ländern, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind (v. a. in Afrika), kann die lokale Nachfrage kaum noch befriedigen. Hunger, Mangelernährung, Unruhen und Instabilität sind die Folge. Die Fortschritte der letzten fünf bis zehn Jahre beim ersten Millennium Entwicklungsziel (Halbierung von Armut und Hunger) können in kürzester Zeit wieder zunichte gemacht werden.

Diese Entwicklung ist eine Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft. Notwendig ist eine umfassende Analyse der Ursachen mit einem international abgestimmten Handlungskonzept. Dieses Thema muss auf dem G8-Gipfel, im Juli 2008 in Japan behandelt werden.

Die Ursachen für den internationalen Preisanstieg bei Lebensmitteln sind vielfältig:

- **Stärkere Nachfrage und veränderte Ernährungsgewohnheiten:** Die Zunahme von Kaufkraft in vielen Entwicklungsländern und insbesondere in den Schwellenländern hat zu einer gestiegenen Lebensmittelnachfrage und veränderten Ernährungsgewohnheiten geführt. Es wird mehr Fleisch und Milch verzehrt – wie dies in den Industrieländern schon lange der Fall ist.
- **Bevölkerungswachstum:** Zusätzlich führt das nach wie vor anhaltende globale Bevölkerungswachstum zu einer Steigerung der Lebensmittelnachfrage um 2% jährlich.
- **Spekulationen:** Die internationalen Kapitalmärkte sind auf der Suche nach lukrativen und relativ zukunftssicheren Anlagemöglichkeiten wieder auf die Agrarmärkte aufmerksam geworden. Wer auf steigende Lebensmittel in der Welt spekuliert, wer mit dem Hunger in der Welt spekuliert, verstößt gegen jedes ethische Prinzip.
- **Mangelnde Investitionen in landwirtschaftliche Produktivität:** Durch die mit Subventionen verbilligten Exporte von landwirtschaftlichen Überschüssen der Industrieländer in die Entwicklungsländer, sind die Preise auf deren lokalen Märkten in der Vergangenheit auf ein Niveau gesunken, mit

dem die einheimische Landwirtschaft selbst bei geringen Löhnen nicht mithalten konnte. Weil es sich unter diesen Bedingungen nicht mehr lohnt in die Landwirtschaft zu investieren, sind viele v. a. afrikanische Länder heute zu Nettonahrungsmittelimporteuren geworden.

- **Klimawandel:** Die Verschiebung von Regenzeiten und die Verringerung von Niederschlagsmengen infolge des Klimawandels treffen vor allem die südliche Hemisphäre und führen schon heute zu einer verringerten Produktivität der Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer.
- **Abnahme der Biodiversität:** Der Rückgang der biologischen Vielfalt und der für die Kulturpflanzen bedeutsamen genetischen Ressourcen ist ebenfalls eine Bedrohung für die Ernährungssicherheit und wird ohne Gegenmaßnahmen die Nahrungsmittelknappheit verstärken.
- **Überhitzung der globalen, regionalen und lokalen Märkte:** Manche Länder, die bisher Nahrungsmittel exportiert haben, haben im Zuge der Versorgungskrise Exportstopps oder Exportabgaben für landwirtschaftliche Produkte verhängt. Auf Importe angewiesene Nachbarländer geraten dadurch in noch größere Schwierigkeiten und der Weltmarktpreis wird durch Verknappung weiter nach oben getrieben.
- **Gestiegene Ölpreise:** Energiepreise wirken sich auf Nahrungsmittelpreise aus, da die Kosten der Landbearbeitung, von Dünger und Bewässerung sowie des Transports steigen.
- **Nachfrage nach Bioenergie:** Auch der global wachsende Anbau für Biodiesel und Bioethanol kann zum Preisanstieg von Nahrungsmitteln führen. Deshalb ist eine Politik des Augenmaßes und der Nachhaltigkeit bei der Nutzung der Biokraftstoffe erforderlich. Förderinstrumente und Quoten müssen vor diesem Hintergrund neu bewertet werden.

Kein Politikbereich kann die Probleme alleine lösen – Klima-, Umwelt-, Entwicklungs-, Agrar-, Energie-, Handels-, Außen- und Sicherheitspolitik müssen zusammenwirken.

Kein Staat kann die Probleme alleine lösen – internationale Zusammenarbeit ist essentiell. Schon 1996 und 2002 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf zwei Welternährungsgipfeln die Halbierung der Zahl der Hungernden bis 2015 zum Ziel gesetzt. Um diese Ziele zu verwirklichen, ist eine Initiative der G 8 notwendig, die unter den gewandelten Rahmenbedingungen die erforderlichen Maßnahmen anstößt.

■ **Die Märkte beruhigen**

Oberstes Gebot ist, die Märkte wieder zu beruhigen. Es darf keine protektionistischen Maßnahmen geben, die zu weiteren Verknappungen und Preisspiralen führen. Dafür brauchen die betroffenen Länder Sicherheit in Form von klaren internationalen Hilfszusagen. Denn wenn sie auf die eigenen Schutzmaßnahmen verzichten wollen, benötigen sie die Garantie, dass die Versorgung ihrer Bevölkerung gewährleistet werden kann und müssen sich auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verlassen können.

■ **In eine sozial- und naturverträgliche Landwirtschaft investieren**

Die Produktivität der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern ist signifikant zu steigern, ohne die natürlichen Ressourcen, die die Grundlage jeder agrarischen Produktion sind, zu schädigen. Dabei kann ein Programm helfen, das zu geringen Preisen und breitenwirksam die grundlegenden konventionellen landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Dünger, Saatgut, Kredit) zur Verfügung stellt und die Vermarktung der Produkte gewährleistet. Gleichzeitig muss den Landwirten aber auch der umweltverträgliche Umgang mit diesen Betriebsmitteln nahe gebracht werden.

■ **Nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fördern**

Das afrikanische Landwirtschaftsentwicklungsprogramm CAADP (*Comprehensive Africa Agriculture Development Programme*) der Afrikanischen Union stellt einen herangereiften „Investment Plan“ dar. Die Lehren aus dem Weltentwicklungsbericht 2008 setzen die Prioritäten. Auch die Entwicklungsländer müssen in ihre nachhaltige ländliche Entwicklung investieren. Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft haben dabei höchste Priorität. Die afrikanischen Länder haben sich verpflichtet, mindestens 10% ihrer Haushalte in diesem Bereich zu investieren.

■ **Klimaschutz vorantreiben**

Eine konsequente Klimaschutzpolitik Deutschlands und der EU ist weiterhin von größter Bedeutung, um klimabedingte Ernteausfälle zu begrenzen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf maximal 2°C im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Dabei sind internationale Vereinbarungen für ein Post-Kyoto-Abkommen unverzichtbar. Die Industrieländer müssen Mittel für Technologietransfer und Adaptionsmaßnahmen gerade in den ärmsten Ländern zur Verfügung stellen.

■ **Sicherung der biologischen Vielfalt**

Der Schutz der biologischen Vielfalt als Grundlage jeder landwirtschaftlichen Produktion muss weltweit vorangetrieben werden; dies umfasst auch die Diskussion internationaler Initiativen zur Agrobiodiversität auf der 9. Vertragstaatenkonferenz der CBD in Bonn im Mai 2008.

■ **Agrarexportsubventionen abbauen**

Der endgültige Abbau von Exportsubventionen im Rahmen der WTO muss unser Ziel bleiben, damit langfristig bei wieder normalisierten Angebots- und Nachfrageverhältnissen die marktverzerrende Treitmühle des Exportdumping nicht mehr einsetzen kann; weitere Umorientierung der EU-Agrarpolitik weg von marktverzerrenden Agrarsubventionen, die bisher eine selbsttragende Landwirtschaft in den Entwicklungsländern behindert haben, hin zu einer Politik für den ländlichen Raum auch in der EU.

■ **Biokraftstoffe nachhaltig entwickeln**

Bioenergie ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur weltweiten Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung. Entscheidend ist, dass die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Bio-

energieproduktion geschaffen werden. Die Nachhaltigkeit der Bioenergieerzeugung muss durch klare möglichst EU-weite Anforderungen gesichert werden. Besondere Bedeutung hat die Entwicklung und Markteinführung von nicht um die Agrarfläche konkurrierender Bioenergie (z.B. Gülle, Abfälle, Biokraftstoffe der 2. Generation).

■ **Nahrungsmittelhilfekonvention reformieren**

Die kurzfristig wirksame Aufstockung des deutschen Engagements in der Not- und Übergangshilfe muss von strukturell angelegten Initiativen zur Reform der Nahrungsmittelhilfekonvention (Food Aid Convention, FAC) und Ausrichtung des Welternährungsprogramms (WEP) begleitet werden.

■ **Entwicklungszusammenarbeit verstärken**

Entscheidend ist, dass die Entwicklung in den ärmsten Ländern vorankommt. Das Ziel, 0,7% des Bruttoinlandproduktes für Entwicklungshilfe auf Seiten der entwickelten Länder zur Verfügung zu stellen, muss umgehend stufenweise erreicht werden.

Ausreichende Nahrungsmittel zu bezahlbaren Preisen sind ein fundamentales Menschenrecht. Um dies durchzusetzen müssen wir Anstrengungen politischer, finanzieller, wirtschaftlicher und technischer Natur unternehmen.

Dazu gehört auch, die wirtschaftlich gering entwickelten Staaten auf eine Weise in den Welthandel einzubeziehen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung stärkt und nicht gefährdet. Hunger und Armut waren schon häufig die Quelle von Bürgerkriegen und internationalen Konflikten.

Es ist falsch anzunehmen, dass die reichen Länder der Welt auf Dauer von diesen Konflikten unberührt blieben. Darum liegt es auch in unserem ureigenen Interesse, den Hunger auf der Welt zu besiegen. Dazu werden wir unseren Beitrag leisten.

Gemeinsame Verantwortung und Zukunft: Lateinamerika und Karibik als strategische Partner für Deutschland und Europa

- Sozialdemokratische Lateinamerika-Politik hat eine lange Tradition und steht für Ausgleich, Dialog und die Suche nach gemeinsamen Interessen auf der Basis von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.
- Sie ist eng mit Willy Brandt verbunden, der ein wichtiger Wegbereiter für den Dialog mit der Linken in Lateinamerika und der Karibik und deren Einbindung in die Sozialistische Internationale war. Wir stehen in dieser Tradition und suchen verstärkt den Dialog auch mit den neuen demokratischen und an unseren freiheitlichen Werten orientierten linken Kräften in Lateinamerika und der Karibik.
- Die politischen Umwälzungen der letzten Jahre und das Erstarren der Linken in der Region sind auch verknüpft mit dem gescheiterten neoliberalen Wirtschaftsmodell. Dieses hat in Lateinamerika und der Karibik die weltweit größte Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Besitz weiter verschärft. Daher steht die soziale Frage verstärkt auf der politischen Agenda.
- Als deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen wir gemeinsam mit unseren Partnern in Lateinamerika und der Karibik tragfähige Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung für Sozialstaat, Wachstum und Beschäftigung finden.
- Nur gemeinsam lassen sich Fortschritte bei den drängenden globalen Herausforderungen Friedenssicherung, Abrüstung, sozial gerechtere Gestaltung der internationalen Märkte sowie Klimaschutz erzielen.
- Die SPD unterstützt den Dialog zwischen Europa und Lateinamerika und der Karibik sowie die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Lateinamerikas Integrationsbündnissen (MERCOSUR, CAN, SICA, CARIFORUM).
- Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehende Partnerschaft zwischen beiden Weltregionen zu einer strategischen Partnerschaft ausgebaut wird.
- Unser Signal: Wir wollen gemeinsam mit den Staaten Lateinamerikas und der Karibik partnerschaftlich Zukunft global gestalten.

Die komplette Lateinamerika Strategie können Sie hier herunterladen:

http://internationale-politik.spd.de/servlet/PB/show/1747030/050508_ek_lateinamerika.pdf

Auf Spanisch: Responsabilidades compartidas para un futuro compartido: América Latina y el Caribe aliados estratégicos para Alemania y Europa

http://internationale-politik.spd.de/servlet/PB/show/1747031/050508_ek_lateinamerika_es.pdf

Ansprechpartner der regionalen Foren Eine Welt

Baden-Württemberg

Vorsitzender: Walter Riester MdB

Ansprechpartner: Klaus Eckert, SPD-Landesverband

Tel.: 0711 - 6193643

E-Mail: klaus.eckert@spd-online.de

Bayern

Vorsitzende: Walter Kolbow MdB, Dr. Bärbel Kofler MdB

Ansprechpartner: Rainer Glaab, SPD-Landesverband

Tel.: 089 - 23171128

E-Mail: rainer.glaab@spd.de

Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Detlev Dzembitzki MdB

Ansprechpartner: Konstantin Woinoff, SPD-Parteivorstand

Tel.: 030 - 25991125

E-Mail: konstantin.woinoff@spd.de

Bremen

Vorsitzender: Jan Holthuis

Tel.: 0421 - 1604795

E-Mail: JanHolthuis@web.de

Hamburg

Vorsitzende: Christa Randzio-Plath, Ute Pape

Ansprechpartnerin: Sylvia Mittelstädt, SPD-Landesorganisation

Tel.: 040 - 28084836

E-Mail: Sylvia.Mittelstaedt_LO-Hamburg@spd.de

Hessen

Vorsitzende: Uta Zapf MdB, Adelheid Tröscher, Norbert Noisser

Ansprechpartnerin: Birgit Meier, SPD-Bezirk

Tel.: 069 - 7241187

E-Mail: birgit.meier@spd.de

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzende: Iris Hoffmann MdB

Ansprechpartnerin: Linda Bode, SPD-Landesverband

Tel.: 0385 - 6410948

E-Mail: linda.bode@online.de

Niedersachsen

Vorsitzende: Sigrid Rakow MdL

Tel.: 04488 - 983760

E-Mail: info@sigrid-rakow.de

Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Dr. Hartmut Ihne

Ansprechpartner: Stefan Mühlhofer, SPD-Landesverband

Tel.: 0211 - 13622342

E-Mail: stefan.muehlhofer.nrw@spd.de

Rheinland-Pfalz

Vorsitzender: Norbert Neuser

Ansprechpartnerin: Corinne Herbst, SPD-Landesverband

Tel.: 06131 - 2706111

E-Mail: corinne.herbst@spd.de

Saarland

Vorsitzender: Jo Leinen MdEP

Ansprechpartner: Steffen Bremeier, Büro Leinen

Tel.: 0681 - 5891331

E-Mail: europa-buero@joleinen.de